

Claudia Althaus

# Nachbarschaftsbewegung und direkte Demokratie in den frühen 50er-Jahren

„Was wir heute erleben, ist nicht etwa nur eine europäische Krise. (...) Sie ist eine Weltkrise und Menschheitskrise, wie sie bisher nur in Wendezeiten auftrat.“<sup>1</sup>

Erinnern diese Worte auf den ersten Blick vor allem an Stimmungen aus der Endphase der Weimarer Republik<sup>2</sup>, so handelt es sich hier jedoch um eine Zeitdiagnose aus den 50er-Jahren – einer Zeit also, die, was die gesellschaftliche Situation anbelangt, gemeinhin nicht als krisenhaft, vielmehr eher unter dem Diktum der Stagnation und Restauration gesehen wird.<sup>3</sup>

In der Wahrnehmung der eigenen Zeit als einer Zeit des Umbruchs ist meist die Hoffnung auf Stabilität schon impliziert. Werden Krisen als grundsätzliche Bedrohungen wahrgenommen, provozieren sie die Frage nach der „Eunomie“, der guten Ordnung, da Handlungsalternativen im bestehenden gesellschaftlichen, politischen oder kulturellen Angebot offensichtlich nicht mehr zu finden sind.

In der Tat sieht der Autor dieses Textes eine Möglichkeit zur Lösung jener „Menschheitskrise“: Sie besteht in Ideen einer grundlegenden Neuordnung des modernen Staatswesens. Die Worte entstammen nämlich der Feder des Vorstehers einer politischen Bewegung, die den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes zur Durchsetzung einer neuen Art von Staatlichkeit nutzen wollte: der „Nachbarschaftsbewegung“. Diese Bewegung ist aus dem zweitgrößten Wehrverband der Weimarer Republik, dem „Jungdeutschen Orden“, hervorgegangen. Gegründet wurde der Orden von Artur Mahraun<sup>4</sup>, einem Offizier und Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges, der zunächst sein eigenes Infanterieregiment nach dem

<sup>1</sup> Helmut Reetz, Was die Nachbarschaften treibt, in: Ruf und Echo. Von Nachbarschaft zur Nachbarschaft, Hannover, 5 (1953), S. 1.

<sup>2</sup> Das Bewusstsein, sich in einer „Krise“ zu befinden, ist in der Weimarer Republik weit verbreitet. Als ein Beispiel sei hier auf Karl Jaspers: Die geistige Situation der Zeit, Berlin-Leipzig 1931, S. 7, verwiesen, wo es heißt: „Alles ist in die Krise gekommen, die weder übersehbar, noch aus einem Grunde zu begreifen, zu ertragen und zu überwinden ist.“

<sup>3</sup> Siehe Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 143.

<sup>4</sup> Mahraun wurde 1890 in Kassel geboren und starb 1950 in Gütersloh. Als Offizier nahm er im Ersten Weltkrieg am Krieg teil. Mahraun ist der geistige Kopf des Ordens und auch der Nachbarschaftsbewegung nach 1945 gewesen. Er verfasste zahlreiche Bücher, in denen er seine politischen Ziele formulierte, und gab verschiedene Zeitschriften und auch eine Zeitung des Jungdeutschen Ordens mit heraus.

Krieg in einer der zahlreichen „Freiwilligenkompagnien“ sammelte, ehe er diese wegen der drohenden Auflösung aufgrund des Versailler Vertrages in eine politische Organisation umwandelte.<sup>5</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten Mahraun und seine Anhänger, die Ideen der 20er- und 30er-Jahre wieder neu zu beleben. Die Initiatoren der Nachbarschaftsbewegung waren dementsprechend durchgehend ehemalige „Jungdeutsche“.

Der Topos der Krise – ein zentraler Argumentationspunkt in den Schriften des Ordens – findet sich durchgängig auch in den Schriften der Nachbarschaftsbewegung wieder; er fungiert als ein Leitmotiv ihrer Zeitkritik und regt verschiedene „Lösungen“ zur Beseitigung der als krisenhaft wahrgenommenen Situation an – allen voran in der Form einer Neugliederung des gesamten Staates in so genannte „Nachbarschaften“.

### Nachbarschaften nach dem Zweiten Weltkrieg

Insbesondere der Nachbarschaftsgedanke des Jungdeutschen Ordens wurde nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen<sup>6</sup> und bereits 1946 in der Kleinstadt Leck in Schleswig-Holstein erstmalig in die Praxis umgesetzt.<sup>7</sup> Am 3. April 1948 kam es auch in Bad Oeynhausen zur Gründung einer „Vereinigung der Freunde der Nachbarschaftsbewegung“, der im selben Jahr Nachbarschaftsgründungen in Hameln folgten. In zahlreichen Kleinstädten entstanden dann vor allem zu Beginn der 50er-Jahre auf Initiative ehemaliger Mitglieder des Jungdeutschen Ordens Arbeitsgemeinschaften zur Gründung von Nachbarschaften, die Bürgerversammlungen organisierten, in denen eine solche Gründung beschlossen wurde. Nachbarschaften fanden vor allem in Kleinstädten im südlichen Niedersachsen sowie im Nordosten Nordrhein-Westfalens zu Beginn der 50er-Jahre eine durchaus beträchtliche Verbreitung. Vereinzelt hatten sie auch in Großstädten wie Berlin Erfolg.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Mahraun wandelte die Kompagnie schließlich in Anlehnung an den Deutschen Orden in den „Jungdeutschen Orden“ um. Anfang der 20er-Jahre war der Jungdeutsche Orden eine deutlich paramilitärische Organisation mit ca. 300.000 Mitgliedern; gegen Ende der Weimarer Republik kam es zu einem kurzfristigen Zusammenschluss des Ordens mit der DDP zur Deutschen Staatspartei, der jedoch nur von kurzer Dauer war.

<sup>6</sup> Der Nachbarschaftsgedanke in diesem Sinne ist somit ein modernes Phänomen und nicht mit dem traditionellen Nachbarschaftsgedanken zu verwechseln, der z.T. ebenfalls nach dem Krieg wiederbelebt werden sollte. Vgl. dazu Dirk Schubert, „Heil aus Ziegelsteinen“ – Aufstieg und Fall der Nachbarschaftsidee. Eine deutsch-anglo-amerikanische Dreiecksplanungsgeschichte, in: *Die Alte Stadt*, 2(1998), S. 141-174.

<sup>7</sup> Leck wurde vollständig in Nachbarschaften gegliedert; nach wenigen Monaten allerdings wurde diese Neuordnung von der englischen Militärverwaltung wieder verboten – offensichtlich befürchtete man, dass eine nationalsozialistische Organisation im Aufbau begriffen sei. Vgl. Günter Bartsch, *Die letzten Jahre Artur Mahrauns 1945 bis 1950 und die Folgen*, München 1991, S. 12 u. 14.

<sup>8</sup> Allein in der Zeit von September 1950 bis September 1953 kam es in folgenden Städten zu Nachbarschaftsgründungen: Holzminden, Bremen, Kassel, Celle, Bergen, Bückeberg, Dortmund, Darmstadt, Berlin, Lemgo, Schleswig, Rheydt, Hildesheim, Bad Oeynhausen, Wolfenbüttel, Minden, Ehringhausen, Braunschweig, Schöningen, Freiburg, Bad Hersfeld, Hamburg, Siegen, Einbeck, Frankfurt, Lich, Oerlinghausen, Buxtehude, Goslar, Arolsen, Bad Harzburg, Hess.-Oldendorf, Lübeck, Nordhorn, Kiel, Höxter, Ellwörden, Helmstedt, Schönau und Murnau.

Im Zuge der Ausbreitung der Nachbarschaftsidee kam es zunächst auf lokaler und Landesebene zu Tagungen so genannter „Nachbarschaftsfreunde“. An solchen Tagungen nahmen die jeweiligen Nachbarschaftsvorsteher bzw. die Stadtvorsteher der einzelnen Nachbarschaften teil. 1951 erfolgte dann die Gründung eines „Städteringes der Nachbarschaften“ sowie eines Arbeitsausschusses, um die Arbeit der Nachbarschaften in den Ländern Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin zu koordinieren. Außerdem fanden Tagungen der Nachbarschaftsvorsteher auf Bundesebene statt; und 1953 wurde schließlich der „Städtering“ in den „Ring der deutschen Nachbarschaften“ umbenannt. Dieser „Ring“ erhielt nun eine eigene Vertretungskörperschaft, den „Großen Rat“. Das abschließende Ergebnis war dann eine „Gesellschaft zur Förderung der Nachbarschaften“, die die finanzielle Basis der Nachbarschaften mit Beiträgen und Spenden sichern sollte.<sup>9</sup>

### Ziele der Nachbarschaftsbewegung

Lassen sich einerseits die Rede von der „Stunde Null“ nach 1945 als Ursprungsmythos<sup>10</sup> und die Abgrenzung vom Nationalsozialismus als Basiserzählungen<sup>11</sup> der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland beschreiben, so kann man andererseits am Beispiel der Nachbarschaftsbewegung die Gratwanderung zwischen Abgrenzung zu und Anschlussversuchen an Blickweisen der späten Weimarer Republik studieren. Wenn auch in sprachlicher Hinsicht durchaus Unterschiede zu den ehemaligen Publikationen des Jungdeutschen Ordens zum Vorschein treten<sup>12</sup>, so sind in der politischen Zielsetzung dennoch kaum Unterschiede zu erkennen.

### Kritik an Parteiendemokratie und Massengesellschaft

In den Dokumenten 1 und 3 zeigt sich die inhaltliche Verwandtschaft zum Jungdeutschen Orden besonders deutlich. Es lassen sich im Wesentlichen vier Merkmale des Jungdeutschen Denkens ausmachen, die sich alle – wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung – in der Nachbarschaftsbewegung nach 1945 wieder finden:

<sup>9</sup> Zu lokalen Arbeitsgemeinschaften kommt es ebenfalls; in Goslar wird beispielsweise 1952 die „Arbeitsgemeinschaft der Nachbarschaften zwischen Harz und Heide“ gegründet; 1953 konstituiert sich der „Ring Hamburger Nachbarschaften“, 1959 in Hannover die „Vereinigung der Freunde der Nachbarschaftsbewegung“.

<sup>10</sup> Dietmar Schirmer, *Mythos – Heilshoffnung – Modernität. Politisch-kulturelle Deutungscodes in der Weimarer Republik*, Opladen 1992, S. 95.

<sup>11</sup> Vgl. Thomas Herz, *Die „Basiserzählung“ und die NS-Vergangenheit. Zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland*, in: ders./Michael Schwab-Trapp: *Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945*, Opladen 1997, S. 249-267.

<sup>12</sup> Die in allen Werken auf nahezu jeder Seite des Jungdeutschen Ordens beschworene „Volksgemeinschaft“ findet sich nach 1945 nicht mehr wieder. Dies gilt für einige weitere Begriffe, die eine Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut vermuten lassen.

### 1. Krisenbewusstsein

Das Erlebnis der Front und der verlorene Erste Weltkrieg sowie die Jahre von Inflation und Arbeitslosigkeit waren für Artur Mahraun Ausgangspunkte eines allgemeinen Krisenbewusstseins; nach 1945 lieferten den Nachbarschaftsinitiatoren der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und die damit verbundene Neuordnung eines in Trümmern liegenden Landes den Hintergrund für das Gefühl, in einer krisenhaften Zeit zu leben.<sup>13</sup>

### 2. Parteienfeindlichkeit

Mhraun bezeichnete als Ideal einer zukünftigen Gesellschaft die „Volksgemeinschaft“, für ihn eine notwendige Schlussfolgerung aus der Erfahrung der „klassenlosen“ (Front-)Gemeinschaft des Schützengrabens. Er kritisierte an den Weimarer Parteien deren mangelnden Einsatz für die „Gemeinschaft“ und die Entfremdung im anonymen Parteiapparat, die auf Interessenkämpfen beruhe und keinen Zusammenhalt erzeuge. An die Stelle eines funktionalen Parteienstaates sollte daher ein „organischer Volksstaat“ treten. In der Betonung parteipolitischer Neutralität, in der Ablehnung von Mitgliederlisten sowie in dem Anspruch, in den Nachbarschaften den „echten Volkswillen“ zu vertreten, findet sich die Kritik am Repräsentationsprinzip der modernen Parteiendemokratie auch in der Nachbarschaftsbewegung wieder. Wenngleich die Parteien formal als innerhalb des bundesrepublikanischen Systems neben den Nachbarschaften bestehend akzeptiert werden, ist die Abgrenzung von ihnen dennoch unübersehbar und findet sich zudem in den Satzungen der Nachbarschaften (siehe Dokument 5).

### 3. Kritik der modernen Massengesellschaft

Die Kritik an der modernen Massengesellschaft, die den Einzelnen isoliere, atomisiere und jeglicher Bindung an die Gemeinschaft beraube, stand im Mittelpunkt des Denkens Artur Mahrauns und taucht in ähnlicher Form auch nach 1945 wieder auf. So ist in Schriften der Nachbarschaftsbewegung vom „entwürdigt(en) Einzelmensch(en)“ die Rede, der befreit werden und als bisher „wesenloses Massenteilchen“ in die Gestaltung des politischen Gemeinwesens einbezogen werden müsse. Die Nachbarschaften als das „Parlament des Einzelmenschen“ (Dokument 4) sollten nicht nur ein Gegenpol zur Massengesellschaft sein, sondern vielmehr auch die „Staatsverdrossenheit“ zu überwinden helfen. Die Analyse der „Staatsverdrossenheit“ unterscheidet sich jedoch deutlich von der der Weimarer Zeit. Es kommt hier ein Element zum Vorschein, das sich in nahezu allen Publikationen der Bewegung findet: die Forderung nämlich, (historische) Erfahrungen bei der Staatsorganisation zu berücksichtigen. Der Verweis auf die Generation der 1910 oder früher Geborenen<sup>14</sup>, die 1951 bereits vier Staatsformen erlebt hatten (vgl. Dokument 4), deutet auf eine Zeitwahrnehmung hin, die als kontingent und diskontinuierlich erfahren wird. Dass alles auch anders sein könnte, dass Traditionen und Autoritäten durch neue ersetzt werden können,

<sup>13</sup> Neben zahlreichen Werken Mahrauns ist sein „Manifest“ hervorzuheben, das alle zentralen Elemente seines Denkens enthält: Artur Mahraun, Das Jungdeutsche Manifest: Volk gegen Kaste und Geld. Sicherung des Friedens durch Neubau der Staaten, Berlin o.J. (zuerst 1927).

<sup>14</sup> Dies sind die Jahrgänge der Mitglieder des Jungdeutschen Ordens bzw. Jungdeutschen Bundes.

kann im politischen Denken zu einer Untergrabung von Legitimitätsstrukturen führen. Die Nachbarschaftsbewegung versucht mit ihrem spezifischen Angebot, sich in Raum und Zeit zu verorten, eine Antwort auf diese Art von Misstrauen und Skepsis gegenüber staatlichen Organisationen zu geben.

#### 4. Nachbarschaftliche Gliederung des Staates

Mahrauns Vorstellungen von der idealen Volksgemeinschaft hatten zwei Zielvorgaben: einerseits die Aufteilung des Staates in Nachbarschaften von jeweils 500 Einwohnern pro Nachbarschaft sowie einen an das Rätemodell angelehnten Staatsaufbau, an dessen Spitze ein „Führer“ stehen sollte.<sup>15</sup>

Die einzelnen Nachbarschaften sollten nach Mahrauns Vorstellung jeweils einen Führer wählen; diese Führer bildeten innerhalb dieses Modells die übergeordnete Ebene der Nachbarschaften und sollten wiederum ihrerseits einen Führer wählen usw., bis an der Spitze ein auf Lebenszeit gewählter Führer stehen sollte.<sup>16</sup>

Was diese Vorstellung von einem rätedemokratischen Modell direkter Demokratie unterschied, war die Rotation der Führungspersonen, um Machtmissbrauch zu verhindern. Ein solcher turnusmäßiger Wechsel war im Modell Mahrauns nur auf den unteren Ebenen vorgesehen.<sup>17</sup>

Nach 1945 versuchten Artur Mahraun und seine Anhänger, die Idee des Volksstaates der neuen politischen Situation anzupassen.<sup>18</sup> Der Führergedanke verschwand. Ein weiterer entscheidender Unterschied bestand in der Akzeptanz der Parteien – wengleich diese mit sichtlichem Unbehagen erfolgte. Mahraun wollte die Nachbarschaften nun als eine Institution verstanden wissen, die ergänzend *neben* den Parteien des parlamentarischen Systems stehen sollte.

#### Konkrete Aktivitäten der Nachbarschaften

Ist die Nähe zum Jungdeutschen Gedankengut der Weimarer Zeit in theoretischer Hinsicht unverkennbar<sup>19</sup>, so unterschied sich die konkrete Praxis der Nachbarschaften jedoch erheblich von der grundsätzlichen Zielsetzung der Bewegung. Hierüber geben die nachstehenden Dokumente ein beredtes Zeugnis.

<sup>15</sup> Vgl. Mahraun, Das Jungdeutsche Manifest, S. 98ff.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 135ff.

<sup>17</sup> Es ist nicht erstaunlich, dass die Nationalsozialisten von dem nachbarschaftlichen Gedanken beeinflusst wurden; vgl. dazu Ernst Lehmann, Volksgemeinschaft aus Nachbarschaften. Eine Volkskunde des deutschen Nachbarschaftswesens, Prag-Berlin-Leipzig 1944.

<sup>18</sup> Vgl. Artur Mahraun, Politische Reformation: Vom Werden einer neuen deutschen Ordnung, Gütersloh 1949.

<sup>19</sup> Nahezu in jeder zweiten Ausgabe des Organs der Nachbarschaftsbewegung, Ruf und Echo, wird auf Artur Mahraun, den Gründer des Ordens, verwiesen oder werden Auszüge aus seinem umfangreichen Werk abgedruckt.

Im Gegensatz zu den weitgespannten politischen Zielsetzungen der Initiatoren der Nachbarschaften, die einen Staatsumbau auf der Grundlage nachbarschaftlicher Gliederung anstrebten, richteten sich die Interessen der Nachbarschaftsmitglieder vor allem auf die ganz konkrete Verbesserung ihrer unmittelbaren Lebensumstände. So handelten die Nachbarschaftsversammlungen von den Wohnproblemen, der gemeinschaftlichen Nutzung von Waschküchen, der Lebensmittelverteilung und vielem mehr. Auch kommunalpolitische Probleme wie etwa eine fehlende Straßenbeleuchtung, die Anbringung von Briefkästen, die Einrichtung von Poststellen und Autobushaltestellen, die Verbesserung der Straßen sowie der Schul- und Kindergartenbau standen im Mittelpunkt der Arbeit der Nachbarschaften.<sup>20</sup> Ihre Anträge wurden an die örtlichen Stellen weitergeleitet oder die Vorsteher der Nachbarschaften setzten sich mit den Verwaltungen direkt auseinander (siehe Dokument 2). Die Nachbarschaften nahmen in diesem Sinne eine Mittlerfunktion zwischen Einwohnern und Verwaltung ein. Sich selbst sahen sie als eine „kleine ‘Unterverwaltung’“; „die durchführbare Vorschläge durch ihre Vertrauensleute ihren ‘Kollegen’ im Rathaus zuleitet.“<sup>21</sup>

Indem betont wird, bei Konflikten zwischen Nachbarschaft und Verwaltung ausschließlich rechtsstaatliche Mittel einsetzen zu wollen (siehe Dokument 3), zeigt sich, wie fragil die Legitimationsgrundlagen der Bundesrepublik zu Beginn der 50er-Jahre noch waren und wie schwierig die Abgrenzung von einem Denken war, das seine prägenden Vorstellungen von Konfliktbewältigung auf den Straßen der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus erhalten hatte.

Eine wirksame integrative Funktion erfüllten die Nachbarschaften vor allem für zwei besondere Personengruppen: für „Heimatvertriebene“ (Flüchtlinge) und Heimkehrer. Wie die Dokumente 2 und 8 zeigen, versuchten die Nachbarschaften bei kommunalen Fragen eine schlichtende Rolle zu übernehmen. Es ist vor allem die Erörterung von Lastenausgleichs- und Entschädigungsfragen, die sich auf zahlreichen Versammlungen der Nachbarschaften findet und in den Publikationen der Nachbarschaftsbewegung einen hohen Stellenwert einnimmt.

Die Einbeziehung der Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wurde in den Nachbarschaften auch institutionell verankert, indem von den beiden Beisitzern des jeweiligen Nachbarschaftsvorsitzenden eine Person ein Vertriebener sein musste. Eine derartige „Quotierung“ scheint aus den realen Gegebenheiten gerechtfertigt gewesen zu sein, denn in nahezu allen Kleinstädten, in denen die Nachbarschaftsbewegung erheblichen Zulauf hatte, findet sich ein besonders hoher Anteil an Flüchtlingen und Heimatvertriebenen. Von speziellem Interesse für die Nachbarschaftsbewegung war außerdem die Gruppe der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft. Diese Gruppe von Menschen, die – geprägt von der Weimarer Zeit, von Nationalsozialismus und Krieg – auf Hilfe bei der Orientierung in einem ihnen bis dato unbekanntem politischen und wirtschaftlichen System angewiesen war, wurde für den Nachbarschaftsgedanken intensiv umworben. Das angebotene Modell

<sup>20</sup> Vgl. die Artikel „Nachbarn als Stütze der Verwaltung“ und „Bisher 85000 Stunden Selbsthilfe“, beide in: Rheydter Zeitung, Nr. 58, vom 9.3.1951.

<sup>21</sup> Siehe den Artikel „Selbstverwaltung im Kleinen“, in: Rheinische Post (Ausgabe Rheydt) vom 9.11.1950.

mag für sie durchaus attraktiv gewesen sein: Vermittelt wurde ein Bild von direkter Demokratie, das den Einzelnen mit seinen je spezifischen Erfahrungen ernst nehmen und seine Meinung einbeziehen wollte. Die Nachbarschaften werden in den Schriften der Bewegung (vgl. Dokument 8) als der alleinige Ort präsentiert, in dem die Erfahrungen der Rückkehrer, die nach Meinung der Nachbarschaftler in modernen repräsentativen Massendemokratien verloren zu gehen drohten, ihren geeigneten Platz finden würden.

Auch in diesem Fall zeigt sich die Gratwanderung, die die Nachbarschaftsbewegung zu bewältigen hatte: einerseits die Notwendigkeit, sich von totalitären Formen des Gemeinschaftslebens abgrenzen zu müssen, andererseits eine Gemeinschaft anzubieten, die dem Verlangen der Heimkehrer nach „Heimat“ entgegenkam.

Dokument 7 gibt Aufschluss über ein weiteres Thema, dessen sich die Nachbarschaften sehr konkret angenommen haben: die Teilung Deutschlands. Es lässt sich darüber spekulieren, ob der Einfluss der Flüchtlinge der Grund für eine Haltung war, die weder eine West- noch eine Ostintegration favorisierte, sondern stattdessen die Neutralität angestrebte. Tatsächlich finden sich zahlreiche Hinweise auf Aktivitäten der Nachbarschaften, die das Ziel hatten, die Teilung auf diesem Wege zu überwinden oder doch wenigstens zu mildern.<sup>22</sup> In dieser Richtung haben in den frühen 50er-Jahren auch Besprechungen zwischen Nachbarschaftsvorstehern und dem „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ sowie der „Bundeszentrale für Heimatdienst“ stattgefunden.<sup>23</sup> Besonders gegen Ende 1953 nahm das Thema einer möglichen Wiedervereinigung Deutschlands in den Publikationen der Nachbarschaftsbewegung einen breiten Raum ein und wurde häufig zu ihrem Tagungsthema. Dokument 7 ist noch aus weiteren Gründen interessant. Der Autor des Artikels stellt eine eindeutige Verbindung zwischen 1953 und 1923 her, wobei sich zeigt, dass seine Kategorien und Deutungsschemata, mittels derer gegenüber den bundesrepublikanischen Parteien der Vorwurf der Massensuggestion erhoben wird, der Zeit der Weimarer Republik entstammen. Es ist gerade die vermutete Ähnlichkeit mit der Situation der Weimarer Parteien, die zur Kritik gegenüber der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft benutzt wird.

## Das Ende der Nachbarschaften

In fast allen Teilen der Bundesrepublik verloren die Nachbarschaften gegen Ende der 50er-Jahre an Einfluss und lösten sich schließlich nach und nach auf – mit einer Ausnahme: Im Zuge der kommunalen Gebietsreform zu Beginn der 70er-Jahre erlebte die Nachbarschafts-

<sup>22</sup> Relativ regelmäßig scheint es Kleider- und Lebensmittelsammlungen für Ostdeutschland gegeben zu haben. I.d.R. erfolgten diese Sammlungen in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und den Vertriebenenorganisationen. Vgl. als ein Beispiel den Artikel „Hilf wo du kannst!“, in: Der Nachbar, 8(1950).

<sup>23</sup> Herbert Krebs, der Vorsitzende des „Städteringes der Nachbarschaften“, wurde 1953 von diesen Institutionen eingeladen. Es wurden neben einem Informationsaustausch über das Nachbarschaftswesen auch Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands behandelt. Vgl. Berichte in Ruf und Echo, 11(1953).

bewegung in Lemgo noch einmal eine Renaissance (siehe Dokument 9).<sup>24</sup> Die Nachbarschaften wurden hier zum Sammelbecken des Protests gegen die Neuordnung von Stadt und Gemeinde. Die seit 1950 bestehenden Nachbarschaften sahen sich in ihrer Bedeutung durch die Gebietsreform beeinträchtigt und in ihrem Bestand gefährdet.

Aus den Äußerungen des Nachbarschaftsvorstehers Helmut Reetz geht hervor, dass die Vorsteher der Nachbarschaften auch im Jahre 1973 noch an wesentlichen Grundgedanken Artur Mahrauns – z.B. Neuordnung des Staates, Distanz zum Parteiensystem – festhielten. Tatsächlich konnten die Nachbarschaften in Lemgo einen Teilerfolg für sich verbuchen. Ein Jahr nach dem Beginn der Gebietsreform wurde ein großer Teil der Ortsausschüsse in die Nachbarschaften integriert. Nach 1973 kam es dann zu einer Wiederbelebung des Nachbarschaftsgedankens in der Art, dass auch außerhalb von Lemgo erneut Nachbarschaften gegründet wurden, was schließlich zur Bildung eines Kreisvorstands der Nachbarschaften<sup>25</sup> führte.<sup>26</sup> Aber wie bereits in den 50er-Jahren, so standen auch 1974 in erster Linie konkrete Alltagsprobleme auf der Tagesordnung. Nachdem sich die Gebietsreform letztlich doch durchgesetzt hatte, verloren die Aktivitäten der Nachbarschaften auch in Lemgo wieder an Bedeutung.

### Fazit

Betrachtet man die Entwicklung der Nachbarschaften und die Ziele ihrer Initiatoren, so müssen die ursprünglichen Pläne der Gründer der Nachbarschaften als gescheitert angesehen werden: Nachbarschaften als Keimzelle für eine neue Gesellschaftsordnung, die das parlamentarische Parteiensystem ersetzen sollte, konnten sich nicht durchsetzen. Für die politische Kultur und die gesellschaftliche Situation der Zeit um 1950 ist diese Bewegung jedoch aufschlussreich. Das zeitweise recht positive Echo auf die „Idee der Nachbarschaft“ erklärt sich aus der konkreten Notsituation der Nachkriegszeit, den Problemen des Wiederaufbaus usw. Die Nachbarschaften waren in erster Linie Notgemeinschaften und übernahmen Aufgaben, die die erst im Aufbau befindliche kommunale Selbstverwaltung zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewältigen konnte. Das relativ abrupte Ende der Nachbarschaften resultierte nicht zuletzt aus genau diesem Tatbestand; die Aufgaben der Nachbarschaften wurden nach und nach von den Gemeinde- und Selbstverwaltungen übernommen.

<sup>24</sup> An dieser Stelle muss eine weitere Ausnahme genannt werden. Die Nachbarschaft „Am Berge“ in Holzminden (die größte der ursprünglich 14 Nachbarschaften) besteht bis auf den heutigen Tag. Allerdings ist diese Nachbarschaft im Laufe der Jahre eher ein geselliger Verein geworden und hat sich auf Ausflüge, Kinderfeste u.a. beschränkt. Vgl. die handschriftliche Chronik der Nachbarschaft, verfasst anlässlich des 40-jährigen Bestehens dieser Nachbarschaft im Oktober 1990 vom Nachbarschaftsvorsteher Herbert Dröge (Stadtarchiv Holzminden).

<sup>25</sup> Helmut Reetz wurde Vorsteher des Kreisverbandes der Nachbarschaften in Lippe.

<sup>26</sup> Siehe die Artikelserie: „Politik ohne Parteien: Die Nachbarschaften“, hier der Artikel: „Im Veilchental war der Ursprung. Aus Geschichte, Organisation und Arbeit der Lemgoer Nachbarschaften“, in: Lippische Landes-Zeitung vom 5.10.1974,



Als integrativer Faktor für die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten haben die Nachbarschaften jedoch offensichtlich einige Jahre eine wichtige Funktion gehabt. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Nachbarschaften besonders in solchen Städten großen Zulauf hatten, in denen ein besonders hoher Anteil an Flüchtlingen und Vertriebenen zu verzeichnen war.<sup>27</sup> Zudem kann die Nachbarschaft als Institution zur Konfliktlösung bei Auseinandersetzungen zwischen „Einheimischen“ und „Vertriebenen“ nicht hoch genug bewertet werden.

Als ein entscheidender Indikator für die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in das System und die Gesellschaft der Bundesrepublik galt bislang der prozentuale Stimmenanteil des BHE. Das Verschwinden dieser Partei wurde dabei als Ausdruck für die Integration der Flüchtlinge gewertet. Aber eben auch das Ende der Nachbarschaften gegen Ende der 50er-Jahre lässt sich – so eine weitere These – als Indikator für die Integration der Vertriebenen verstehen.

## Dokument 1

Zusammenfassung der Ergebnisse von Tagungen, bei denen sich Freunde des Nachbarschaftsgedankens im September 1950 in Lage (Lippe), Oldenburg und Bad Nenndorf getroffen hatten.

„(...) Nachbarschaften sind Teil einer regionalen Gesamtordnung des Volkes, in denen Menschen verschiedener Berufsschichten, Konfessionen, Weltanschauungen und Parteirichtungen zusammenkommen. Es handelt sich also um den freiwilligen Zusammenschluß *aller* Staatsbürger innerhalb der Grenzen des nachbarschaftlichen Wohnbezirks. Demgegenüber finden in der Ideengemeinschaft alte und neue Freunde des Nachbarschaftsgedankens nach dem Auswahlgesetz der *Wahlverwandschaft* zusammen, um sich für eine gemeinsame Idee und ihre praktische Gestaltung einzusetzen.

Eine Lenkung der Nachbarschaften durch die Ideengemeinschaft schließt sich nach dem Wesen des Nachbarschaftsgedankens von selbst aus. Mit der Gründung einer jeden Nachbarschaft wird die Entwicklung der neuen Einrichtung sofort völlig in die Hände der Allgemeinheit der Nachbarschaft gelegt. Die Nachbarschaftsversammlung und die selbstgewählten Vorstände bestimmen das öffentliche Wirken der Nachbarschaft.

(...) Die gemeinsame örtliche Arbeit sowie regelmäßige Aussprachen bei zusammenfassenden Landtagstagungen schaffen die notwendige persönliche Bindung und führen zur ständigen Klärung der Fragen, die aus grundsätzlichen Erwägungen oder besonderen Anlässen behandelt werden müssen.

Aus historischer Schau und einem Überblick über die gegenwärtige politische Gesamtlage kam Kurt Pastenaci zu einer Diagnose unserer Zeit, in der das Denken in Kategorien und

<sup>27</sup> Häufig ist in diesen Städten zur Zeit der Weimarer Republik der Jungdeutsche Orden ebenfalls bereits sehr stark vertreten gewesen.

Organisationen, das Denken in 'Apparaten', den Einzelmenschen entwürdigt und knechtet. Aus dieser Lage vermag ihn nur die Bildung echter staatsbürgerlicher Gemeinschaften befreien, in denen der Mensch nicht mehr wesenloses Massenteilchen bleibt, sondern einen festen Platz gewinnt. Hier werde sich sein wahrer Wert offenbaren, der Wert, der sich aus dem Maß an verantwortlicher Mitarbeit bestimmt, das er bei der Gestaltung des politischen Allgemeinwesens selbst beisteuert. Der Redner stellte die Struktur der Diktaturen und der westlichen Demokratien einander gegenüber. In den Diktaturen werden die Staatsbürger organisiert in einer Struktur auf der Basis des Mißtrauens. Überwachung, Spitzel und Geheimpolizei sind ihre ausschlaggebenden Faktoren. In den westlichen Demokratien sei die Staatsbürgerschaft gegliedert nach einer Struktur auf der Basis der Gegensätze. Parteiprogramme, wirtschaftspolitische und weltanschauliche Gegensätze prägen hier das politische Gesamtbild. Demgegenüber begründe die nachbarschaftliche Gliederung eine neue Struktur auf der Basis des Vertrauens. Von hier aus erfolge eine politische Reformation, die befähigt sei, der Demokratie lebendigen Inhalt zu geben. (...)“<sup>28</sup>

## Dokument 2

Zeitungsartikel mit einem Bericht über die Gründung der ersten Nachbarschaft in Nordrhein-Westfalen, der zahlreiche Nachbarschaftsgründungen folgten. Er gibt einen ersten Einblick in Theorie und Praxis der Nachbarschaften.

„Brackel gründete erste 'Nachbarschaft'

Keine Mitgliederlisten – Erste Beschlüsse gefaßt

Die Gründung der ersten 'Nachbarschaft' von NRW am Samstagabend in Brackel<sup>29</sup> war ein Erfolg. In der Aussprache zu dem Thema, ob eine 'Nachbarschaft' gegründet werden solle, hagelte es von Anregungen, die gleich mitten hinein in die Aufgaben dieser Gemeinschaft führten. Die einfache Frau aus dem Volke scheute sich nicht mehr, ihre Meinung zu sagen in einem bis auf dem letzten Platz besetzten Saal.

'Was will die „Nachbarschaft“, und weshalb ist es notwendig, daß sie gegründet wird?', über dieses Thema sprach Herr Wemeyer.<sup>30</sup> Die listenmäßigen Erfassungen in den letzten Jahrzehnten haben nach den Ausführungen des Referenten ein Mißtrauen in jedem wachgerufen, denn oft war diese Erfassung mit unangenehmen Folgen verbunden. Die 'Nachbarschaft' soll keine Organisation sein, deshalb gibt es auch keine Mitgliederlisten; sie soll

<sup>28</sup> Ruf und Echo, 4(1950), S. 1f. Der Text erschien unter der Rubrik „Was wir wollen“, und hat insofern programmatischen Charakter. Hervorhebungen im Original.

<sup>29</sup> Brackel ist ein Dortmunder Stadtteil. Dortmund ist bis auf den Tag ein Zentrum der Nachbarschaftsbewegung geblieben. Dortmunder Mitglieder des „Jungdeutschen Bundes“, einer Nachfolgeorganisation des „Jungdeutschen Ordens“, geben bis heute ein Mitteilungsblatt unter dem Titel „Politische Nachbarschaft“ heraus.

<sup>30</sup> Eigentlich Klaus Weymeier, ehemaliges Mitglied des „Jungdeutschen Ordens“, Mitbegründer der Nachbarschaftsbewegung nach 1945.

einen Weg der Mitwirkung eines jeden an den Dingen des öffentlichen Lebens verwirklichen. 'Jeden Morgen treffen Sie auf der Straße Ihren Nachbarn, mit ihm verbindet Sie das Zusammenleben.' Neben dem Trennenden, das in der Politik, in der Wirtschaft und Konfession sein muß, soll das Stärkste in einem demokratischen Land herangezogen werden: die Einigung der Bevölkerung.

#### Ohne Zagen und Herzklopfen

Der Initiator der Gründungszusammenkunft, Herr Karl Hüske,<sup>31</sup> wußte aus seiner beruflichen Erfahrung zu berichten, wie zaghaft und mit welchem Herzklopfen die meisten Leute an die Türen des Stadthauses klopfen. Wer von uns kennt das Untertanengefühl nicht? Den geknechteten Geist zu vertreiben und ihn durch einen selbstbewußten zu ersetzen, ist eine der Hauptaufgaben der neugegründeten Vereinigung, keine neue Idee, aber zum ersten Mal in unserer Heimatstadt mit Energie betrieben.

Daß die Referenten nicht in die Luft gesprochen hatten, zeigte sich in der Aussprache. In Brackel fanden sich Nachbarn zu *einem* Tisch zusammen, die alles Trennende beiseite stellten, um zum ersten Mal der 'Nachbarschaft' zu dienen.

Auch an praktischer Arbeit wurde am ersten Abend schon einiges geleistet. Als Erfolg wurden Beschlüsse und Bitten, die sich mit der Verbreiterung der Schimmelstraße, der Verbesserung der Straßenbeleuchtung an manchen Stellen Brackels und mit der Frage einer Freibadanlage befaßten, an die Dortmunder Stadtverwaltung geleitet.<sup>32</sup>

#### Dokument 3

Flugblatt der Nachbarschaftsbewegung, verfasst etwa im September 1950.

„Was wollen die Nachbarschaften?

Die Nachbarschaften erstreben die Wiederherstellung der verantwortlichen Gemeinschaft durch Aufgliederung der Masse in kleine, überschaubare Gruppen, in denen der gesunde Menschenverstand des einzelnen Staatsbürgers wirksam werden kann. In der Nachbarschaft sollen jeder Mann und jede Frau die Möglichkeit haben, gemeinsam mit den Nachbarn zu allen Fragen, die die Allgemeinheit der Bürger oder das ganze Volk angehen, Stellung zu nehmen.

Diese nachbarlichen Gemeinschaften sind parteipolitisch, bekenntnismäßig und hinsichtlich der wirtschaftlichen Interessen des einzelnen neutral. Sie stellen das, was allen gemeinsam ist, bewußt in den Vordergrund ihrer Arbeit.

Die Nachbarschaften betrachten es als ihre besondere Aufgabe, die kommunalpolitischen Geschehnisse ihres Stadtbezirks mit besonderer Aufmerksamkeit zu beobachten und von Fall zu Fall zu ihnen Stellung zu nehmen. Dabei ist es ihr Bestreben, mit den gewählten

<sup>31</sup> Karl Hüske war ein enger Vertrauter Artur Mahrauns und bis in die 90er-Jahre im „Jungdeutschen Bund“ aktiv.

<sup>32</sup> Ruhr-Nachrichten vom 23.10.1950.

Stadtvertretern und Behördenleitern in gutem Einverständnis zusammenzuarbeiten. Ihre Kritik wird daher nicht von Gehässigkeit, Mißtrauen und parteipolitischer Voreingenommenheit ausgehen, sondern von dem Willen, durch Mitarbeit den gesunden Menschenverstand des einzelnen Staatsbürgers zur Geltung zu bringen. Nur dort, wo die Nachbarschaften bei gesunder Kritik auf Verständnislosigkeit oder Ablehnung der verantwortlichen Stellen stoßen, werden sie sich aller staatsrechtlich zulässigen Mittel bedienen, um dem echten Volkswillen Gehör und Anerkennung zu verschaffen.

Kritik um der Kritik willen ist in den Nachbarschaften verpönt. Darum werden Politiker, die nur aus Geltungsbedürfnis, Rechthaberei oder Eigennutz das Wort ergreifen, in ihnen keine Rolle spielen.

Die Nachbarschaften sind aus der Not der Zeit geboren und werden dazu beitragen, die Not *für alle* erträglich zu gestalten. Sie kennen daher auch keinen Unterschied zwischen Einheimischen und Vertriebenen, zwischen Besitzenden und Besitzlosen. In ihnen hat die Aussage desjenigen das meiste Gewicht, der die besten und brauchbarsten Vorschläge zur Abhilfe eines Notstandes zu machen hat.

Die Nachbarschaften sind kein Verein, sie führen deshalb auch keine Mitgliedslisten und erheben keinerlei Beiträge. Sie stellen vielmehr den freien Zusammenschluß von Bürgern eines räumlich begrenzten und daher überschaubaren Kreises dar, der von Fall zu Fall zur Wahrung gemeinsamer Belange zusammentritt.

Die Nachbarschaftsvorsteher und ihre beiden Beisitzer, unter denen grundsätzlich je ein Flüchtling und eine Frau vertreten sein sollen, werden in freier Wahl aus der Mitte der Nachbarn gewählt. Sie sind *jederzeit* durch den Willen der Mehrheit ihrer Nachbar abwählbar, sobald sie das in sie gesetzte Vertrauen verloren haben.

(...) Die Nachbarschaften, die überall in Stadt und Land entstehen, werden daher in Zukunft das Spiegelbild des wahren und echten Volkswillens sein, dem zur Geltung und zum Durchbruch zu verhelfen ihre einzige Aufgabe ist. Die Nachbarschaft ist eine echt demokratische Einrichtung, die ergänzend neben die Parteien tritt und *die* Aufgaben übernimmt, die eine Partei ihrem Wesen nach nicht erfüllen kann. Die Einrichtung der Nachbarschaft stellt *die* Form der Demokratie dar, die dem *deutschen* Wesen am besten entspricht. Der lebhafteste Zuspruch, der ihr überall und aus *allen* Bevölkerungsschichten entgegengetragen wird, bestätigt die Tatsache, daß in dem Gemeinschaftsleben unseres Volkes eine Lücke klafft, die die Nachbarschaft ausfüllen muß und ausfüllen wird.

Wer sich genauer über die praktische Arbeit der Nachbarschaften unterrichten will, besucht die Nachbarschaftsversammlungen seines Bezirks.<sup>33</sup>

<sup>33</sup> Das Flugblatt war der Zeitschrift „Ruf und Echo“ vom November 1950, Nr. 6, beigelegt. Hervorhebungen im Original.

## Dokument 4

Leitartikel der Ausgabe von „Ruf und Echo“ vom August 1951.

„Staatsverdrossenheit. Das zentrale Problem der deutschen Politik.

Eine Generation – vier Staatsformen.

Die Erfahrungen sind es, die das Vertrauen zu einer Sache begründen. Mit dem Mißtrauen ist es nicht anders. Das gegenwärtig unter den Deutschen herrschende Mißtrauen gegenüber allem, was Staat heißt, zeigt dies besonders deutlich.

Alle Erwachsenen unseres Volkes haben in mehreren Staatssystemen ihre Erfahrungen mit dem Staat machen können. Die Generation der Menschen, die heute vierzig Jahre und älter sind, hat sogar in vier aufeinanderfolgenden Staatsformen gelebt. Ihre Erlebnisse und Erfahrungen umfassen die Monarchie, die Weimarer Republik, die nationalsozialistische Diktatur und setzen sich gegenwärtig in den Demokratien westlicher und östlicher Prägung fort.

Die Vertreter der einzelnen Systeme haben sich eifrig bemüht, deren Vorzüge gegenüber anderen hervorzuheben. Das machte auf den Einzelmenschen im Volke noch so lange einen gewissen Eindruck, als die noch nicht exerzierten Staatssysteme Hoffnungen auf Besserung zuließen. Diese Hoffnungen sind geschwunden. Die Summe der Erfahrungen, die der Deutsche gemacht hat, führt ihn zu dem Urteil, daß es in keinem der vier Systeme so etwas wie eine politische Geborgenheit gegeben hat. Und gerade dies ist die geheime Sehnsucht von Millionen einfacher Frauen und Männer: Geborgenheit in einem vertrauenswürdigen politischen Allgemeinwesen.

‘Wir hatten nie etwas zu sagen!’

Durch die gesamte Epoche der vier Systeme zog sich in ununterbrochener Folge der schleichende Bürgerkrieg mit seinen periodischen Entladungen, zog sich das Wechselspiel politischer Gesinnungsverfolgungen, die Kette von Geldabwertungen und Staatsbankrotten. Die ganze Epoche war durchbebt und erschüttert von zwei mörderischen Kriegen mit ihren endlosen Elendsfolgen. Wie oft war der einzelne in brutaler Schutzlosigkeit, in völliger Verlassenheit von aller staatlichen Hilfe vor die Fragen der nackten Existenz gestellt.

Und das alles geschah in Staatsformen, die angeblich den Einfluß des Einzelmenschen auf den Gang der Dinge durch Wahlen, Abstimmungen und politische Organisationsformen von Mannigfaltigkeit und monströsem Umfang gesichert hatten.

Der einfache Mensch, der an der Substanz unseres Volkes so wesentlichen Anteil hat, sagt sich nach allem, daß der verstiegene und komplizierte Betrieb in und zwischen den Völkern, den man Politik nennt, der Einwirkung schlichten und vernünftigen Denkens entzogen zu sein scheint. ‘Die da oben haben mit uns immer machen können, was sie wollen. Wir hatten noch nie etwas zu sagen!’ Das ist der Kehrreim unzähliger Alltagsgespräche, in welchem sich die Einzelmenschen überall immer wieder einig sind.

Tiefsitzender Argwohn

Was hierin zum Ausdruck kommt, ist viel ernster zu nehmen, als jene Abneigung gegenüber einzelnen Staatssystemen, welche sich als Wechselausscheidung in den Gezeiten der Politik von jeher eingestellt hat. Hier handelt es sich um eine allgemeine Staatsverdrossenheit, um den Ausdruck eines verhängnisvollen Tiefpunktes in der Bewertung des Staates schlechthin. Wir sollten uns

durch den politischen Betrieb, der sich abgesondert vom wirklichen Leben des Volkes auf den Schaubühnen der kleinen und großen Parlamente dartut, nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß wir uns einem an Anarchie grenzenden Zustand nähern, der uns unfähig macht, die schwerwiegenden und großen Probleme zu lösen, vor die unser Volk gerade jetzt gestellt ist.

Es fehlt nun durchaus nicht an Versuchen, von offizieller Seite, diese Haltung des Mißtrauens zu überwinden. Aber alles, was heute von staatlichen Stellen, von Zeitungen, Zeitschriften und vom Rundfunk mahnend und beschwörend zu den Massen gesagt wird, verblaßt vor dem tiefsitzenden Argwohn, daß es sich dabei wieder nur um Versuche handelt, den Einzelmenschen im Machtstreit politischer Gruppen zu mißbrauchen.

#### Neue Erfahrungen – neues Vertrauen

Wenn wir aus dem hier gekennzeichneten Zustand herausgeführt werden sollen, brauchen wir mehr als Worte und Mahnungen. Wir brauchen Vertrauen begründende Erlebnisse und Erfahrungen in und mit dem Staatswesen der Gegenwart. (...)

Um die Lösung dieses zentralen Problems geht es beim Ringen um die Durchsetzung der Nachbarschaftsidee. Alle anderen noch so gewichtig erscheinenden Probleme, wie etwa das des deutschen Verteidigungsbeitrages, des Lastenausgleichs, der Mitbestimmung in der Wirtschaft und des Schumannplanes sind demgegenüber Probleme nachgeordneter Art. Denn so lange über derartige Probleme, die von einschneidender Wirkung auf das Schicksal jedes Einzelnen sind, ohne ernsthafte Mitwirkung eben dieser Einzelnen entschieden wird, so lange werden Mißtrauen und Beschwerde gegen 'die da oben' durch jede neue Entscheidung verstärkt und bekräftigt.

#### Schiedsrichter Staat spielt mit

Es wird in weiten Kreisen anerkannt, daß die Nachbarschaften als das 'Parlament des Einzelmenschen' ihre erste praktische Bewährungsprobe bestanden haben. Mit der nachbarschaftlichen Volksversammlung haben sie im unmittelbaren Lebensbereich des Einzelmenschen den Ort geschaffen, an welchem jene Vertrauen begründenden Erlebnisse und Erfahrungen gewonnen werden, ohne welche die Überwindung der Staatsverdrossenheit nicht denkbar ist.

Ein Schiedsrichter, der selber mitspielt, kann sich keine Anerkennung erringen. Diese unmögliche Rolle aber spielt der Staat auch heute wieder. Denn alle führenden Persönlichkeiten unseres demokratischen Staatswesens sind heute gleichzeitig Exponenten ihrer Partei und damit zwangsläufig Mitspieler im Ringen der parteipolitischen Kräftegruppen. Die aus der nachbarschaftlichen Gliederung entstehende verantwortungsfähige Volksversammlung befähigt den Staat erst zu der notwendigen Ausübung seines Schiedsrichteramtes.

#### Begegnung von oben und unten

Lange Zeit hat es so ausgesehen, als wenn die Gemeinschaft der Idealisten die an der Entwicklung der nachbarschaftlichen Ordnung arbeiteten, eine hoffnungslose Minderheit bleiben sollte. Sie stieß auf keine nennenswerte Neigung der offiziellen Politiker, diesen Bestrebungen wesentliche Beachtung zu schenken.

Dies Bild hat sich erheblich gewandelt. Nicht nur, daß im Volke selber eine überraschend große Bereitschaft sichtbar und aktiv geworden ist, in den Nachbarschaften mitzuwirken. Es ist auch die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß sich Vertreter aus dem Bereich der Kommunalpolitik, der Landes- und Bundesinstitutionen in wachsender Zahl für die

Entwicklung der Nachbarschaften einsetzen. Es besteht heute die begründete Hoffnung, daß sich ausreichende Kräfte von unten und von oben begegnen werden, um in sinnvollem Zusammenwirken jene Strukturergänzung des gegenwärtigen Staatswesens herbeizuführen, ohne die das Einswerden von Volk und Staat ein allerseits vertretener, aber unerfüllbarer Wunsch bleiben müßte.“<sup>34</sup>

#### Dokument 5

Eintragung im Einwohnerbuch der Stadt Siegen (1952).

„*Nachbarschaftsbewegung*, Sitz Gütersloh i.W., Vertrauensmann für den Stadt- und Landkreis Siegen: Heinrich Konrad, Ählstraße 36. Die Nachbarschaftsbewegung will die gebietsmäßige Zusammenfassung aller deutschen Menschen in sogenannte Nachbarschaften. Der Zweck der Nachbarschaften ist die gemeinsame Beratung und Diskussion aller den Einzelmensch angehenden Fragen des politischen Geschehens. Die Nachbarschaften sind Einrichtungen, die keinerlei Bindung durch Beitrittserklärung und keine Beiträge fordern. Die Nachbarschaftsbewegung ist keine Partei.

*Bürgergemeinschaft Nachbarschaften Siegerland* (Gesellschaft für Bürgerrecht), Vors.: Rechtsanwalt H. Pöllmann, Kaan-Marienborn, Siegener Str. 1, F. Siegen 4234“.<sup>35</sup>

#### Dokument 6

Auszug aus einem Brief des Vorsitzenden der Bürgergemeinschaft Nachbarschaften Siegerland, Herbert Pöllmann, Rechtsanwalt in Siegen, an den Präsidenten des Landtages in Nordrhein-Westfalen zu den Entwürfen einer Gemeindeordnung (Mai 1952).

„(...) Nachdem selbst die Bundesregierung und mit ihr alle verantwortungsbewußten Staatsmänner anerkannt haben und ganz offen aussprechen, es sei höchste Zeit, das Volk wieder an den Staat heranzuführen, im übrigen der Weg dazu übereinstimmend in der Forderung gesehen wird, durch ein irgendwie geartetes Mitspracherecht der Bürgerschaft besonders in Gemeinde- und Kreisangelegenheiten Verantwortungsbewußtsein und tätige Anteilnahme an öffentlichen Dingen zu wecken, darf der Gesetzgeber an diesem Gebot der Stunde nicht vorbeigehen. Solange, und zwar mit Recht, der Standpunkt vertreten wird, die Gemeinde sei wichtiger als der Staat und müsse sich in freier Selbstverwaltung entfalten können, ist für rein organhafte Selbstverwaltung sowohl theoretisch wie praktisch kein Raum mehr (...). Nachbarschaftsbewegung, Bürgerrechtsbewegung und sonst gleichgerichtete Bestrebungen haben inzwischen bereits in reichem Maße Beiträge zu der Frage geleistet, auf welche Weise die herrschende Staatsnot beseitigt werden kann. Selbst wenn man geneigt wäre, diese

<sup>34</sup> Ruf und Echo, 8(1951), S. 1f.

<sup>35</sup> Einwohnerbuch der Stadt Siegen und des Kreises Siegen, Ausgabe 1952, S. 22.

Ereignisse zu übersehen, bleibt doch die Problematik als solche zu lösen, gleichviel von wem. Das Bedürfnis dazu kann nicht hoch genug veranschlagt werden, weil es um den dringend erforderlichen Schritt von der Demokratie als bloßer Staatsform zur Demokratie als Lebensform geht. Ob die rechtspolitischen Voraussetzungen dazu jetzt endlich geschaffen werden sollen oder nicht, wird sich an Geist und Wortlaut der künftigen Gemeindeordnung erweisen. (...) Es muß nun endlich auch gesetzgeberisch Ausdruck finden, daß wir in einer Zeit sozialer Gemeinschaft leben. Aus dieser Tatsache folgt zwangsläufig die Notwendigkeit, trotz grundsätzlicher Beibehaltung der repräsentativen Demokratie neue Formen der Unmittelbarkeit zu entwickeln. Sie sind vorgezeichnet in der Forderung, die Bürgerschaft im überschaubaren Raum ortsbezirklicher Gliederung zusammenzufassen und in ihm den Weg zum staatsbürgerlich wirksamen Gespräch zwischen Behörde und Bevölkerung zu eröffnen (...).

Wir bedauern lebhaft, daß nicht oder nicht ausreichend Gelegenheit gegeben wurde, die Entwürfe in breiter Öffentlichkeit zu diskutieren. (...)<sup>36</sup>

## Dokument 7

Aufruf anlässlich der Bundestagswahlen (Februar 1953).

„Der Wahlkampf beginnt. Bürger, wehrt euch!

(...) Der Wahlkampf hat begonnen. Diesmal wird er nicht so zahm geführt werden wie bei den ersten Bundestagswahlen. Mehr als damals, als allen noch die Niederlage in den Knochen steckte und es nur gelten konnte, sie gemeinsam zu überwinden, geht es heute um die Macht. Seit Monaten wird die Bundesrepublik mit Broschüren überschwemmt, die dem Bürger diese und jene Probleme einmütig darstellen, um ihm damit die Überzeugung von der Richtigkeit der jeweiligen Parteilinien einzufiltern (oder zu infiltrieren!). Die Frage der Verträge spielt dabei eine große Rolle. Als Herausgeber figurieren zuweilen Institutionen, die ihre parteilichen Ziele hinter wunderschönen überparteilichen Namen verbergen. Von einem höheren Gesichtspunkt aus ist dieses Broschürenverfahren gewiß beanstandenswert. Doch können wir uns damit trösten, daß solche Schriften, wie groß ihre Zahl auch sein mag, nur in die Hände verhältnismäßig weniger gelangen werden und dann immerhin in die Hände solcher, die überhaupt politisch interessierbar und also nicht ganz kritiklos sind. Schlimmer steht es indessen mit den Plakaten, mit denen sich die Anschlagssäulen zu bedecken begonnen haben. Tag für Tag und von überall her wenden sie sich an jeden von uns und versuchen, ihm ihre Schlagworte einzuhämmern – so lange, bis er ihrer Partei seine Stimme gibt, die nicht ihr gilt, sondern dem schönen Leben, das sie verspricht. Verspricht, obschon sie weiß, daß sie ihr Versprechen nicht halten kann.

(...)

Jeder von uns weiß, daß es für die Aufgabe, die wir zwischen Ost und West zu erfüllen haben, kein Rezept gibt, das den Erfolg verbürgt. Sie bereitet manchem verantwortungsbewußten Deutschen

<sup>36</sup> Ein Teil des Briefes ist unter dem Titel „Von der Staatsform zur Lebensform“ in „Ruf und Echo“ 5(1952), S. 2, abgedruckt.



schlaflose Nächte. Die einen halten den Weg der Regierung, d.h. den Abschluß der Verträge, für das kleinste der möglichen Übel. Andere halten zuvor den Versuch für ratsam, die Siegermächte noch einmal an den Verhandlungstisch und zu einer uns genehmen Lösung zu zwingen, und stimmen deshalb der sogenannten Opposition zu. Die dritten gehören zur wirklichen Opposition. Sie meinen, Deutschland solle als 'Dritte Kraft' sich unabhängig von Ost und West zu halten suchen. Die Vernünftigen aller drei Richtungen kennen die Risiken ihrer Anschauung und werden dem Andersdenkenden die Chance der besseren Meinung zubilligen.

Nun finden wir in diesen Tagen an den Anschlagssäulen ein Plaket, das dem Bürger scheinbar auffordert, sich zu der Frage der Verträge eine eigene Meinung zu bilden. In Schwarz-Weiß-Manier stellt es die Auffassung der Regierung und der sogenannten Opposition dar. Mit der dritten Meinung beschäftigt es sich überhaupt nicht. Hätten deren Anhänger dieselben Mittel, um hemmungslos auf die Massen einzuwirken, wie die der beiden anderen, so wäre sie gewiss die stärkste im Volke, schon deshalb, weil sie keine Soldaten will. Begegnet sie uns doch ohnedies häufig genug. (Der Ordnung halber: die Verfasserin hängt ihr nicht an.) Nach dem Plakat bedeuten die beiden Möglichkeiten trotz der vorsichtigen Abfassung für den einfachen Mann 'Krieg' und 'Frieden', mit allen ihren Leiden und Freuden. Das, worüber sich die klügsten und die anständigsten Menschen nicht nur des deutschen Volkes, ob sie nun einer Partei angehören oder nicht, die schwersten Sorgen machen, wird hier für den Hausgebrauch auf eine Formel gebracht, für deren Anwendung man nur eben das Lesen gelernt haben braucht und die einem gleich jede Gewissenserforschung abnimmt. Krieg oder Frieden? Wer wollte gewissenlos genug sein, nicht die Partei des Friedens zu wählen! Denn darum handelt es sich angesichts der Tatsache, daß es einen Volksentscheid über die Frage der Verträge nicht geben wird.

Die Nachbarschaften sind noch klein an Zahl. Die üblichen 'großen' Aufgaben anzupacken, ist ihre Zeit noch nicht gekommen. Aber eine ihrer wirklich großen Aufgaben ist es, die Menschen den Klauen des Massenwahns zu entreißen. Dazu gehört, daß sie sie immun macht gegen die Propaganda, die den Menschen nicht als Menschen nimmt, sondern als Material, in das sie ihren Stempel drückt. Dazu gehört, daß sie sie darauf aufmerksam macht, wie mit ihrer Unwissenheit und mit ihrem Vertrauen Schindluder getrieben wird. Deshalb sollten sich die Nachbarschaften mit *jedem* Wahlplakat beschäftigen, das den Bürgern vor die Nase gehängt wird, und sich zu *jedem* Wahlplakat eine Meinung bilden, was seine moralische Seite anlangt. Der Überparteilichkeit wegen geschähe das am besten, indem sowohl ein Freund als auch ein Gegner der Verbreiter des Plakates drüber angehört würde. Das Ergebnis sollte dann den Parteien mitgeteilt werden, damit sie endlich merken, daß wir 1953 schreiben und nicht 1923, daß sich der Bürger zu regen beginnt, entsprechend der Forderung, die sie ständig im Munde führen, während sie ihn gleichzeitig mit den Mitteln der Massenbehandlung lähmen.

Haben sich die Nachbarn während des Wahlkampfes so geübt, dann sollten sie später auch die Propagandaprodukte der anderen Verbände – Plakate, Inserate, Broschüren – entsprechend behandeln.<sup>37</sup>

<sup>37</sup> Ruf und Echo, 2(1953), S. 3f.

Dokument 8

Zeitungsbericht über die Heimkehrerversammlung des Kreisverbandes Rheydt. Nach allgemeinen Bemerkungen des Vorsitzenden über das Entschädigungsgesetz und der Vorlage des Kassenberichts wird über den Vortrag eines Nachbarschaftsvorstehers berichtet.

„(...) Im Mittelpunkt der Versammlung standen die Ausführungen zu dem Thema ‘Ein Weg für die Heimkehrer zu erfolgreicher Meinungsäußerung und Willensbildung’ von Nachbarschaftsvorsteher Werner Bettmann. Alles das, was der Heimkehrer in den langen Jahren der Gefangenschaft gesammelt habe, reiche aus, ihn nach Rückkehr in die Heimat nicht nur mit dem Personalausweis zu beglücken, sondern er habe auf Grund der gesammelten Kenntnisse, Erlebnisse, des Kennenlernens der Völker und des ausgeprägten Feingefühls den ‘Doktorhut’ verdient. Nun komme es für ihn darauf an, im Nachdenken über Lebensprobleme sich beim Zusammenleben im Staatsgefüge zurechtzufinden. Man müsse ihm den Weg ebnen zu dem Interesse und der Mitwirkung am öffentlichen Gemeinschaftsleben. Zu diesem Zwecke blendete Werner Bettmann, wie er sagte, ohne Verdunkelung, nur vor dem geistigen Auge der Zuhörer einen Filmstreifen in zwei Teilen auf. Die erste Hälfte erinnerte an alles das, was sich nach dem Zusammenbruch in politischer Hinsicht in Deutschland getan hat. Der zweite Teil dieser Erinnerung war über den gleichen Zeitraum hinweg einem wirtschaftlichen Rückblick gewidmet. Beide Teile hatten den Zweck, dem Heimkehrer, der fern der Heimat über Dinge, die in Deutschland lange Jahre ‘mehr Leid als Freud’ auslösten, zwar stichwortartig, aber ziemlich lückenlos zu berichten. Unter dem kritischen Blick auf den Boden der inneren Politik erläuterte der Vortragende den Unterschied zwischen der Demokratie von gestern und heute.

Ausgangspunkt war die Geschichte des Abendlandes. Die Ausführungen endeten dann beim Hinweis auf den Nachbarschaftsgedanken und wie er in der Praxis sich auswirkt. Die Nachbarschaft sei eine lockere Gemeinschaft, in der man sein Herz ausschütten könne und die die Initiative aus der Bevölkerung fördere. Ihr komme es darauf an, bei allen Verwaltungsmaßnahmen das Vertrauen von unten nach oben zu gewinnen und die Verantwortung von oben nach unten zu tragen. Das vertrauliche Gespräch von Mensch zu Mensch stehe obenan. Auf dem vertrauten Raum der Nachbarschaft könne man die Meinungsbildung pflegen. Die ‘Freunde der Nachbarschaft’ wollten nichts zerstören, wohl ergänzen. Sie seien imstande, die empfindliche Lücke zwischen Behörden und Bevölkerung auszufüllen, was ungeachtet der Arbeit der Parteien geschehen könne.“<sup>38</sup>

<sup>38</sup> Rheinische Post (Ausgabe Rheydt) vom 6.2.1954, Nr. 31.

## Dokument 9

Artikel des Vorstandes des Kreisverbandes der Nachbarschaften in Lippe, Helmut Reetz, als Reaktion auf die kommunale Gebietsreform 1973.

„Ortsausschüsse sind schädlich“

(...)

Die Gebietsreform in Gemeinde und Kreis verfolgte im wesentlichen das Ziel, den Gebietskörperschaften optimale Bindungen vor allem für die Wirksamkeit der Verwaltung zu verschaffen. Man ging davon aus, daß die gehobenen Ansprüche der Bürger nur durch eine verstärkte Wirksamkeit der Verwaltung zu erfüllen seien, und daß diese Effizienz der Verwaltung in erster Linie durch Schaffung von Großräumen zu verwirklichen sei (...).

Das erscheint zunächst einleuchtend, wenn auch festgestellt werden muß, daß sich z.B. in Lemgo viele ehemals als Dörfer selbständige Ortsteile bis heute jedenfalls schlechter gestellt fühlen als vorher. Vielleicht ist es aber verfrüht, schon heute ein endgültiges Urteil darüber zu fällen. Man muß Neueinrichtungen solcher Art gerechterweise eine Übergangszeit zubilligen. Ob also das gesteckte Ziel erreicht wird, wirklich allen Bürgern, also auch denen der eingemeindeten Ortsteile, deutlich erkennbare gehobene Leistungen zu verschaffen, bleibt abzuwarten. (...)

Eine andere und, wie mir scheint, fast noch wichtigere Aufgabe, nämlich die Demokratisierung der Gemeinden durch mehr und dauernde Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger im kommunalpolitischen Raum, ist bei dieser reinen Gebietsneuordnung leider überhaupt nicht ins Auge gefaßt worden. Schon ihre Einführung ist ohne die Beteiligung der betroffenen Bürger von oben her einfach verordnet worden. Hierauf in einer Nachbarschaftsversammlung angesprochen, entgegnete mir ein Kommunalpolitiker, Mitglied des Lemgoer Rats und Abgeordneter des ehemaligen Kreises Lemgo: 'Wenn wir die Bürger gefragt hätten, wäre die Gebietsreform nie Wirklichkeit geworden', und ein anderer, Abgeordneter des ehemaligen Kreises Lemgo, ganz lapidar: 'Was soll's?'

Hier kommt deutlich eine gewisse Geringschätzung des Bürgers zum Ausdruck. Ich bin nun zwar nicht der Meinung, daß die Mehrheit immer Recht haben muß (...). Aber das Gespräch mit allen, die es angeht, muß jedoch unter allen Umständen angeboten und geführt werden. Erst dabei können Gründe und Gegenstände deutlich gemacht und gegeneinander abgewogen werden, vor allem aber wird auch das jeweilige Vorhaben einsichtig gemacht. Klar gesehen hat diese Zusammenhänge der frühere Oberkreisdirektor des Kreises Lemgo, Herr Krüger, der seinerzeit in einer Nachbarschaftsversammlung in Wüsten erklärte, die Stunde der Gebietsreform sei auch die Stunde der Nachbarschaften. Das kann nicht so gemeint gewesen sein, daß etwa der Kreis nun Nachbarschaften in Gang setzen sollte. Das kann er nicht. Nachbarschaften müssen vielmehr von unten her durch politische Initiative tatkräftiger Bürger entstehen, die sich ihrer politischen Verantwortung bewußt und gewillt sind, sie auch zum Einsatz zu bringen. Wichtig ist aber, daß ein Kommunalpolitiker die Bedeutung dieser Nachbarschaften versteht und ihnen ihren Freiheitsraum nicht zu schmälern sucht. Schließlich sind Nachbarschaften gerade im Sinne der Selbstverwaltung der Gemeinden durch die Bürger legitime Einrichtungen. Das kommt insbesondere auch im Artikel 28,1 des Grundgesetzes zum Ausdruck, in dem es heißt, daß Gemeindeversammlungen – und

Nachbarschaften sind in überschaubare Bezirke gegliederte Gemeindeversammlungen – sogar an die Stelle einer gewählten Körperschaft, d.h. also des Rates, treten können.

Muß also die Einsicht des früheren Oberkreisdirektors begrüßt werden, so ist dagegen die Haltung des Lemgoer Rates nach der Gebietsreform völlig unverständlich. In Lemgo hatten sich nämlich in verschiedenen Ortsteilen, einst selbständigen Dörfern, die nun einer eigenständigen Verwaltung und eigener Vertretung der Bürger ermangelten, durch die Initiative von Bürgern, nach dem Vorbild der schon bestehenden, neue Nachbarschaften entwickelt. Anstatt nun diese Entwicklung im Sinne einer so notwendigen Demokratisierung der Gemeinde zu begrüßen, setzte der Rat diesen Nachbarschaften nun Ortsausschüsse entgegen. Diese wurden nicht etwa von den Bürgern der Ortsteile gewählt, was noch sinnvoll gewesen wäre, sondern wurden ihnen von Rats wegen einfach verordnet.

Teilweise gehören diesen Ortsausschüssen Ratsmitglieder an, die noch nicht einmal in dem betreffenden Ortsteil, für den sie sorgen sollen, wohnen. Da es erwiesen ist, (...) dass diese Ortsausschüsse nicht nur völlig sinn- und nutzlos, ja im Sinne der Abschaffung des Ortsdenkens sogar schädlich sind, darüber hinaus aber den Steuerzahlern nur Kosten verursachen, ist ihre Einrichtung nicht zu begreifen, es sei denn, daß man sie als Ausfluß reiner Parteipolitik betrachtet, die aber insbesondere in der Kommunalpolitik jeglicher Berechtigung entbehrt; denn hier sollten alle Probleme von der Sache her und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden werden. Die Einsicht des Ratsmitglieds Daweke, die Ortsausschüsse seien eine schlechte Sache, ist daher nur zu begrüßen.

Wie sich der Kreis Lippe zu den Nachbarschaften einstellen wird, wird sich zeigen. Da aber nicht anzunehmen ist, daß es irgendeinen Politiker geben könnte, der den 'mitdenkenden, mithandelnden und mitverantwortenden Bürger' nicht wünschte, kann man einer fruchtbaren zukünftigen Zusammenarbeit mit einiger Zuversicht entgegensehen. Zum Zweck einer ersten Fühlungnahme haben die lippischen Nachbarschaftsvorsteher beschlossen, schon in ihrer nächsten Zusammenkunft den Landrat einzuladen, um mit ihm ins Gespräch zu kommen und seine Vorstellungen kennenzulernen.<sup>39</sup>

<sup>39</sup> Lippische Rundschau vom 31.8.1973.